



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Bauausschuss
Sitzungsnummer	29. Sitzung
Datum	Donnerstag, den 26.03.2009
Sitzungsbeginn	18:05 Uhr
Sitzungsende	21:55 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 351 des Neuen Rathauses

Anwesend waren:

vom Gremium:

Ausschussvorsitzender Prof. Dr. Schmidt-Burbach,	CDU
Stadtverordnete Droß, (i.V.f. Stv. Jordan)	SPD
Stadtverordneter Pohl,	SPD
Stadtverordneter Pross,	SPD
Stadtverordneter Gerhardt,	CDU
Stadtverordnete Marx, (i.V.f. Stv. Ch. Schäfer)	CDU
Stadtverordneter Scharmann,	CDU
Stadtverordneter Kunz,	FW
Fraktionsvorsitzender Michalek,	B90/Grüne
Stadtverordneter Meißner,	FDP

vom Magistrat:

Stadtrat Beck,	CDU
----------------	-----

von der Verwaltung:

Herr Hartert, Amt für Wirtschaft und Liegenschaften	ohne
Herr Preiß, Rechtsamt	ohne
Herr Bader, Büro des Baudezernats	ohne
Herr Weber, Stadtplanungsamt	ohne

Herr Schaub, Stadtplanungsamt	ohne
Herr Ketterer, Tiefbauamt	ohne
Herr Bauer, Kämmerei	ohne

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Hemmelmann, als Schriftführer
Frau John

ferner war anwesend:

Herr Schwab, Seniorenrat

entschuldigt fehlte:

Stv. Kraft, SPD-Fraktion

AV Prof. Dr. S c h m i d t - B u r b a c h eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Die Ausschussmitglieder verständigten sich darauf, folgende Punkte zusätzlich auf die Tagesordnung zu nehmen:

- Drucksachen-Nr. 1275/09 - I/457 (neuer TOP 2)
- Drucksachen-Nr. 1285/09 - I/460 (neuer TOP 5)

Drucksache 1228/09 - I/443 (Konjunkturpaket II, Antrag Stv. Wagner, SPD-Fraktion) solle im Zusammenhang mit Drucksache 1275/09 beraten werden.

Des Weiteren kam der Ausschuss überein, die Tagesordnungspunkte 14 bis 22 in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten.

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil :

TOP 1

1211/09

Verkehrstechnische Untersuchung

„Ruhender Verkehr in der Altstadt Wetzlar“

(„Altstadtparkkonzept“)

I/445

Mitteilungsvorlage

TOP 2

1275/09

**Sonderinvestitionsprogramm des Landes Hessen
und des Konjunkturpaketes II der Bundesrepublik Deutschland**

I/457

TOP 3

1228/09

**Ausführung des Gesetzes zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen
im Rahmen des Konjunkturpaketes II des Bundes**

I/443

TOP 4

Haushalt 2009

- Antragsberatung -

TOP 5

1285/09

Lärmschutzwand Garbenheim

I/460

TOP 6

1120/08

59. Änderung des Flächennutzungsplanes

Sondergebiet für großflächigen Einzelhandel „Im Heidegarten“, Stadtteil Nauborn

Umzonung von „Gewerblicher Baufläche“ und „Fläche für Landwirtschaft“ in

„Sondergebiet für großflächigen Einzelhandel“

- Abschließender Beschluss -

I/447

TOP 7

1241/09

Bebauungsplan Nr. 15 „Im Heidegarten“, Stadtteil Nauborn

- Satzungsbeschluss -

I/448

TOP 8

1232/09

**Neubau der über Mühlgraben und Lahn führenden Fuß- und Radwegebrücke
zwischen Wetzbachstraße und Bachweide**

I/452

TOP 9

1115/08

Umgestaltung Friedrich-Ebert-Platz

I/413

TOP 10

1176/08

Stromversorgung der städtischen Grillhütten

Prüfungsauftrag

I/431

TOP 11

Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 03.02.2009

TOP 12

1250/09

Grundstücksankauf

enwag Energie- und Wassergesellschaft mbH, Wetzlar

I/453

TOP 13

Verschiedenes

A b w i c k l u n g der Tagesordnung:

TOP 1

1211/09

Verkehrstechnische Untersuchung

„Ruhender Verkehr in der Altstadt Wetzlar“

(„Altstadtparkkonzept“)

FrkV M i c h a l e k fragte mit Hinweis auf Seite 1 der Kurzfassung, Tabelle Pos. 7, danach, ob der Spaltenwert „Absolut + 5“ richtig sei. Dieser müsse in „+ 11“ korrigiert werden. Allgemein wies er darauf hin, dass die hier geschilderte fast 90-prozentige Belegung der Parkplätze kritisch sei, insbesondere löse das vorgelegte Konzept das Parkplatzproblem in der Oberstadt nicht.

Stv. P o h l erkundigte sich unter Bezug auf die Äußerungen von StR Beck in der Umweltausschusssitzung danach, ob mit dem vorgelegten Altstadtkonzept der seinerzeitige Handlungsauftrag abgearbeitet sei. StR B e c k bestätigte dies.

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 2

1275/09

Sonderinvestitionsprogramm des Landes Hessen und des Konjunkturpaketes II der Bundesrepublik Deutschland

FrkV M i c h a l e k bat um Aufklärung, wie sich der auf Seite 3, letzter Absatz, genannte Prozentsatz vom 13,25 erklären lasse. Seiner Meinung nach müssten dies 12,5 % sein. StR B e c k sagte zu, dies bis zur Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses zu klären.

Zu Anlage 2.1 - Anträge Bundesmittel

FrkV M i c h a l e k fragte zu Pos. 2 (Ersatzmaßnahme Ausbau des Niedergirmeser Weges, 1. Bauabschnitt), ob diese Maßnahme nicht nach dem GVFG förderfähig sei. StR B e c k erwiderte, dass diese Maßnahme grundsätzlich förderfähig sei, aber auf einem solch schlechten Listenplatz in der Förderreihenfolge stehe, dass man in absehbarer Zeit nicht mit einer Förderung rechnen könne. Stve. D r o ß erkundigte sich dazu ergänzend, ob man die Position nicht beeinflussen könne. StR B e c k erklärte, dass es derzeit keine Möglichkeit gebe, die Maßnahme zu beschleunigen und man sich von daher entschlossen habe, die Maßnahme als Ersatzmaßnahme auf diese Liste zu nehmen.

Zu Anlage 2.2 - Anträge Landesmittel

FrkV M i c h a l e k erkundigte sich zu Pos. 1 (Sanierung Sporthalle Dutenhofen) und der Rubrik „Planung vorhanden - ja“, welche Planung hier gemeint sei. Ihm seien keine Planungen bekannt. Herr H e m m e l m a n n erklärte, dass hiermit die Planung im Sinne der Förderrichtlinie gemeint sei. Dies könne auch bedeuten, dass nur eine verwaltungsinterne Planung vorliege. Das bedeute konkret, dass es auch nicht in jedem Fall der dort angeführten Maßnahmen eine Beschlussvorlage der Stadtverordnetenversammlung gebe. Falls es zu einer Maßnahme bereits eine konkrete Beschlussvorlage gebe, seien im Regelfall auch schon Haushaltsmittel angemeldet worden. Damit wären diese Maßnahmen nicht förderfähig.

Weiter erkundigte sich FrkV M i c h a l e k, was für die 1,7 Mio. €, die in der Spalte „Voraussichtliche Kosten“ genannt seien, gemacht werden solle. Herr W e b e r erläuterte, dass neben der Dachsanierung, die bereits bekannt sei, auch Brandschutzauflagen erfüllt werden müssen und man Verbesserungen an der Lüftungsanlage sowie an den Sanitäreanlagen vornehmen wolle. FrkV M i c h a l e k bat um eine Zusammenstellung, welche Sanierungsmaßnahmen in den vergangenen Jahren an der Sporthalle Dutenhofen durchgeführt worden seien. StR B e c k sagte dies zu. Das Gleiche, so FrkV M i c h a l e k weiter, gelte auch für die Sanierung des Bürgerhauses in Nauborn.

Zu den Ersatzmaßnahmen auf Anlage 2.2 (Pos. 9) wollte FrkV M i c h a l e k wissen, welche Lahnbrücke in Dutenhofen gemeint sei. StR B e c k erläuterte, dass es um die historische, alte Lahnbrücke in der Nähe des Dutenhofener Sees gehe.

FrkV M i c h a l e k erkundigte sich weiter in Bezug auf den Lahnsteg in Naunheim, wann mit einer entsprechenden Vorlage zu rechnen sei. StR B e c k erläuterte zunächst grundsätzlich, dass aufgrund der relativ kurzfristigen Vorbereitung des Investitionsprogramms und der damit verbundenen, noch häufig veränderten Förderrichtlinien die Verwaltung oft kurzfristig entscheiden musste, welche Maßnahmen sie auf die Liste nimmt und ob diese Maßnahmen überhaupt förderfähig sind. Von daher

seien auch Maßnahmen noch einmal in Augenschein genommen worden, die eigentlich für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen waren. Insofern ist die Maßnahme „Lahnsteg Naunheim“ wieder als Ersatzmaßnahme auf die Liste gekommen. Eine entsprechende Vorlage mit Alternativen werde in den nächsten beiden Wochen in den Geschäftsgang gegeben und damit auch dem Ortsbeirat Naunheim vorgelegt.

Stv. D r o ß bezog sich auf Pos. 5 (Ausbau der Hauser Gasse und Erneuerung der Mühlgrabenbrücke) und fragte an, ob es sich hier um einen grundhaften Neubau oder lediglich um eine Sanierung handele. StR B e c k antwortete, dass es sich hier um einen grundhaften Neubau handele.

Zu Anlage 2.3 - Maßnahmen Hessentag

FrkV M i c h a l e k fragte an, wann mit einer Entscheidung zum Hessentag gerechnet werden könne. StR B e c k sagte, dass dies voraussichtlich in der Kabinettsitzung Ende April sein werde. Er erläuterte weiter, dass für den Hessentag nicht konkret Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt würden, sondern dass dann lediglich eine höhere Priorisierung im Rahmen des GVFG-Förderpakets erfolgt. Das heißt, Maßnahmen, die weiter hinten stehen, würden durch den Hessentag weiter nach vorne rücken. Insofern ist die Förderung, die dort angegeben ist, zu sehen.

Stv. P o h l bezog sich auf die dort angeführte Maßnahme „Umgestaltung Knoten Friedrich-Ebert-Platz“ und fragte an, welche Kosten in den dort genannten 665.000 € enthalten seien. StR B e c k erläuterte, dass neben den Umbaukosten auch Grundstückserwerbskosten und Abbruchkosten enthalten seien.

Abstimmung: 6.0.4

TOP 3

1228/09

Ausführung des Gesetzes zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen im Rahmen des Konjunkturpaketes II des Bundes

StR B e c k fragte danach, ob im Zusammenhang mit dem eben vorgelegten Maßnahmenpaket „Sonderinvestitionsprogramm“ der Antrag nicht entbehrlich sei. Stv. D r o ß bat darum, im Bauausschuss abstimmen zu lassen, da diese Vorlage auch im Finanz- und Wirtschaftsausschuss behandelt würde und der Antragsteller selbst entscheiden könne, ob er seinen Antrag zurücknehme.

FrkV M i c h a l e k ergänzte die Beratung um die Frage zu Punkt 2 des Antrages der SPD, warum im Maßnahmenpaket der Stadt keine Bildungsprojekte benannt werden konnten. StR B e c k erwiderte, dass die Stadt kein Schulträger sei und im Augenblick auch keine entsprechenden Maßnahmen anstehen, die evtl. in Frage gekommen wären.

Weiter wollte FrkV M i c h a l e k zu Punkt 5 des Antrages wissen, warum man Maßnahmen wie Westtangente/Westanbindung oder Lärmschutzwand B 49 nicht in das Maßnahmenpaket mit aufgenommen habe. StR B e c k erläuterte, dass aufgrund des langen Vorlaufes der Planung und der langen Bauzeit man eine Umsetzung nach dem in den Förderrichtlinien genannten Zeitraum nicht hätte realisieren

können.

Abstimmung: 3.6.1

TOP 4 Haushalt 2009 - Antragsberatung -

Bevor man über die einzelnen Positionen beriet, gab FrkV M i c h a l e k eine grundsätzliche Feststellung zum vorgelegten Haushaltsentwurf ab. Die Umstellung des Haushaltes von Kameralistik auf Doppik sei für einen ehrenamtlichen Kommunalpolitiker sehr schwierig nachzuvollziehen. Er hätte sich gewünscht, dass man weiter mit der erweiterten Kameralistik gearbeitet hätte. Er nannte als Beispiel die Zuordnung des Personalaufwandes zu Produkten, die für ihn unzureichend durchgeführt worden sei. Hier müsste nachgearbeitet werden. Außerdem machte er Vorschläge, die entsprechenden Seiten oder Darstellungsformen zu ändern.

Hier die Haushaltsansätze im Einzelnen:

Seite 448 - Investitionsnummer 08101008002 - Investitionszuschuss Lahn-Dill-Kreis Kunstturnleistungszentrum - Auszahlung 125.000 €

FrkV M i c h a l e k fragte an, was dort gemacht werde. StR B e c k erläuterte, dass dies der städtische Anteil an der Sanierung sei. Detailfragen könnten im Finanz- und Wirtschaftsausschuss an OB Dette gerichtet werden.

Seite 456 - Investitionsnummer 08201004001 - Erneuerung und Errichtung von Bädern - Auszahlung 907.000 €

Hier wurde angemerkt, dass es sich überwiegend um das Hallenbad Europa handelt. Stv. D r o ß erkundigte sich, was mit der Sanierung Freibad geschehe. Herr W e b e r teilte mit, dass Planungskosten in Höhe von ca. 40.000 € angesetzt worden seien. Stv. P o h l erinnerte daran, dass für die Sanierung des Freibades bis Januar 2009 nach seiner Erinnerung ein Konzept vorgelegt werden sollte. Herr W e b e r teilte mit, dass der Planungsauftrag noch nicht erteilt werden konnte, da bisher keine Haushaltsmittel vorhanden waren. Er gehe davon aus, dass im Laufe des Jahres das Konzept erstellt werden könne.

Seite 460 - Investitionsnummer 08202004001 - Sanierung Sporthalle Dutenhofen - VE 200.000 €

FrkV M i c h a l e k fragte an, was sich dahinter verbirgt. Herr W e b e r teilte mit, dass es sich lediglich um Planungskosten handle. FrkV M i c h a l e k wies darauf hin, dass der Sachverhalt im Haushaltsentwurf, der dem Magistrat vorgelegen habe, anders dargestellt worden sei. Es verwundere ihn etwas, dass in den 200.000 € nur Planungskosten enthalten seien.

Seite 464 - Investitionsnummer 08203000002 - Mobile Skateeinrichtung - Auszahlung 25.000 €

Stv. D r o ß erkundigte sich, ob es sich um eine Sanierung oder eine neue Skateranlage handele. StR B e c k wies darauf hin, dass es sich hierbei um eine Angelegenheit handelt, die nicht in den Bauausschuss gehöre, da diese eine mobile Anlage und dieser Titel vom Stadtbetriebsamt abzuwickeln sei.

Seite 474 - Laufende Aufwendungen Optik-Parcours 181.000 €

FrkV M i c h a l e k wies darauf hin, dass diese Position gemäß beigefügter Liste zu streichen und dem Produkt 1510100 zuzuordnen sei.

Stv. P o h l wollte in diesem Zusammenhang über die bei dem Produkt 1510100 aufgeführten 30.000 € für eine Videoüberwachung des Optik-Parcours wissen, ob es dafür bereits einen Beschluss gebe. StR B e c k wies noch einmal auf die hohe Vandalismus-Problematik hin und führte aus, dass man sich jetzt entschieden habe, zwei bis drei Objekte auszuwählen, um dort eine Videoüberwachung einzurichten. Hierzu werde es zu gegebener Zeit - nach Abklärung aller technischen und datenschutzrechtlichen Fragen und einer entsprechenden Kostenermittlung - eine entsprechende Vorlage geben.

FrkV M i c h a l e k fragte, ob dafür ein Beschluss gefasst werden müsse. StR B e c k bestätigte dies. Man müsse hier auch zu gegebener Zeit entscheiden, ob man grundsätzlich eine Videoüberwachung wolle oder nicht. Ansonsten könne man die Objekte irgendwann wieder abbauen, weil sie ständig beschädigt seien.

Stv. P o h l nahm Bezug auf den CDU-Antrag vom letzten Jahr für eine gesamte Videoüberwachung über 20.000 € und die dazu ergangene Stellungnahme des Oberbürgermeisters vom 15.09.2008, in der die Rede davon ist, dass die Überwachung eines Objektes zwischen 30.000 und 35.000 € koste und in dem Schreiben das Fazit gezogen werde, dass es sich nicht lohne, eine Videoüberwachung durchzuführen. Er fragte, ob das nicht im Widerspruch zu dem jetzigen Antrag stehe. StR B e c k sagte, dass zum einen die Vandalismusschäden zugenommen haben, zum anderen erinnerte er dabei an die letzten Vorkommnisse bei dem Objekt vor dem Geschäft Palm und die Schäden am Spiegellabyrinth. Diese Schäden summierten sich auf, so dass sich die Videoüberwachung allemal lohne. Im Übrigen seien die hohen Kosten in dem damaligen Schreiben für eine Online-Überwachung aufgeführt worden. Es gebe aber auch noch andere technische Lösungen. Diese würden in der angesprochenen Beschlussvorlage zur Entscheidung mitgeteilt. FrkV M i c h a l e k wies noch einmal darauf hin, dass die Videoüberwachung nicht ohne Stadtverordnetenbeschluss eingeführt werden könne.

Seite 592 - Produkt-Nr. 1510100 - Wirtschaftsförderung und Standortentwicklung

FrkV M i c h a l e k beantragte, für die Position „Sonstige weitere Fremdleistungen - Videoüberwachung Optik-Parcours“ in Höhe von 30.000 € einen Sperrvermerk anzubringen, aufzuheben durch die Stadtverordnetenversammlung.

Abstimmung: 10.0.0

Seite 474 - Produkt-Nr. 0910100 - Beteiligung Klage gegen das FOC Montabaur in

Höhe von 5.000 €

Stv. P o h l fragte an, auf welcher Grundlage diese Zahlung erfolge und ob es dazu eine Beschlusslage gebe. StR B e c k erwiderte, dass dies Angelegenheit des Magistrats sei. Er erläuterte den Sachverhalt wie folgt: In Montabaur soll ein sog. „Factory-Outlet-Center“ (FOC) errichtet werden. Dies hätte auch gravierende Auswirkungen auf den Einzelhandel im Bereich Wetzlar. Von daher sei es wichtig und dringend, hier kurzfristig in das Klageverfahren einzusteigen. Die Auswirkungen würden alle spüren, insofern beteiligten sich alle Städte entlang der Lahn an dieser Klage. Letztendlich habe der Wetzlarer Einzelhandel auch etwas davon. Die Revision zum Bundesverwaltungsgericht sei jetzt zugelassen. Dafür benötige man die 5.000 €.

Seite 475 - Investitionsnummer 09101004006 - Sanierungsmaßnahmen Altstadt - Zuschüsse Land

Stv. P o h l erkundigte sich, was sich dahinter verbirgt. Herr B a u e r erläuterte, dass es sich hierbei um Landeszuschüsse an Personen oder Institutionen handele, die ihre Liegenschaft entsprechend sanieren wollen. Unter anderem die Barfüßer Straße 5.

Seite 505 - Produkt-Nr. 1030100 - Denkmalschutz und -pflege - in Verbindung mit der Änderungsliste des Magistrats zur Sanierung Kalsmunt

Stv. P o h l fragte, wann mit einer Vorlage zu dem Sanierungskonzept Kalsmunt zu rechnen sei. StR B e c k kündigte dies für die nächsten Wochen an. FrkV M i c h a l e k wies in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hin, dass für alle Maßnahmen im Sonderinvestitionsprogramm entsprechende Vorlagen an die Gremien gegeben werden sollen. StR B e c k sagte dies zu.

Seite 519 - Investitionsnummer 12101002005 - Erschließung Konversionsflächen - Henri-Duffaut-Straße - Auszahlung 235.000 €

FrkV M i c h a l e k fragte an, ob die Stadt hiermit die Erschließung für die Baumaßnahme „Neubau Stadtbetriebsamt“ übernehmen würde. Herr K e t t e r e r erläuterte, dass es sich dabei um den planmäßigen Ausbau des vorderen Teils der Henri-Duffaut-Straße handele und nicht um die Erschließung des Bauhofes.

Seite 520 - Investitionsnummer 12101002008 - Stützmauer Langenberg Nauborn - Auszahlung 80.000 €

Stve. D r o ß fragte an, wo genau hier eine Stützmauersanierung stattfindet. Herr K e t t e r e r erläuterte, dass es sich um eine Hangsicherung des Steinhanges in der Mitte der Straße handele. Hier werden ca. 70 bis 80 m Hangsicherung durchgeführt. Stve. D r o ß erkundigte sich weiter, ob diese Maßnahme umlagefähig sei. StR B e c k erklärte, dass es hier ähnlich wie bei dem Wacholderberg in Garbenheim so ist, dass die Maßnahme umlagefähig ist. Allerdings erst zu einem späteren Zeitpunkt, wenn nämlich die Straße entsprechend gemacht wird. Dies sei nach der gängigen Rechtslage zulässig.

Seite 519 - Investitionsnummer 12101002006 - Straßenbeleuchtungskabel im Zusammenhang mit Maßnahmen Dritter (enwag) - Auszahlung 315.000 €

Stv. P o h l fragte an, ob es sich hier um eine Sammelposition handelt. Herr K e t t e r e r bestätigte dies. Es seien hier Maßnahmen genannt, bei denen die enwag entsprechende Oberleitungen zurückgebaut habe. Die Stadt müsse parallel dazu die Lampen entsprechend umbauen und in dieser Position seien viele Einzelmaßnahmen abgebildet.

Seite 520 - Investitionsnummer 12101002010 - Fußgängerschutzanlage Haarbachstraße - Auszahlung 18.000 €

Stv. P o h l erkundigte sich, ob es sich hier um die Ampelanlage am Haus Minneburg handelt. StR B e c k bestätigte dies. Weiterhin wollte er wissen, ob bei den 100.000 € für Innovationsmaßnahmen die Umstellung auf LED gemeint sei. Herr K e t t e r e r bestätigte, dass es sich um die Umstellung von 27 Ampelanlagen auf LED-Technik handelt.

Stve. D r o ß wollte im Zusammenhang mit diesem Produkt wissen, ob hier auch die bereits angekündigte Ergänzung des Fuß- und Radweges zwischen dem Pendlerparkplatz Garbenheim und der Ampelanlage enthalten sei. Herr K e t t e r e r teilte mit, dass diese Baumaßnahme im Abschnitt Gemeindestraßen angesiedelt sei.

Stve. D r o ß erkundigte sich weiter, ob es mittlerweile Pläne gebe, die Plakate für Wahlwerbung in Garbenheim wieder auf ihren alten Platz umzusetzen. Sie wurde gebeten, dies im Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu klären, da der Bauausschuss hierfür nicht zuständig sei.

Seite 523 - Investitionsnummer 12102002001 - Erneuerung Forsthausstraße - Auszahlung 160.000 €

Stv. P o h l bezweifelte die Notwendigkeit dieser Maßnahme. Herr K e t t e r e r klärte auf, dass es sich hier um die Fortführung einer begonnenen Maßnahme handele und dass die zweite Fahrbahnhälfte saniert werden solle.

Seite 527 - Investitionsnummer 12103002004 - Landeszuweisung für die Lahnbrücke - Einzahlung 225.000 €

FrkV M i c h a l e k erkundigte sich, welche Brücke hier gemeint sei. Herr B a u e r erklärte, dass es sich noch um eine Restabwicklung der Hausertorbrücke handele.

Seite 527 - Investitionsnummer 12103002002 - Ingenieurbauwerke Bahnhof Wetzlar - Auszahlung 50.000 €

Stv. P o h l wollte wissen, was damit gemeint sei. Herr K e t t e r e r erläuterte, dass es sich um den Stützpfiler der Überführung über das Bahngelände handele.

Weiterhin erkundigte sich Stv. P o h l, warum hier 30.000 € für die Westtangente aufgeführt seien. Herr B a d e r erläuterte, dass dies Planungskosten seien. Darauf

hin wollte Stv. P o h l wissen, wann mit der Vorlage der Planungen gerechnet werden könne. Herr B a d e r teilte mit, dass aufgrund der aktuellen Arbeitssituation die Vorlage etwas später als ursprünglich geplant bearbeitet werden konnte. Er gehe davon aus, dass bis Ende des Jahres entsprechende Pläne vorgelegt werden können.

Seite 550 - Investitionsnummer 13101002001 - Wegebaumaßnahmen - Auszahlung 98.500 €

Stv. P o h l fragte an, ob es sich hierbei um eine Sammelposition handelt. Herr B a u e r bestätigte dies.

Seite 555 - Investitionsnummer 13201002001 - Maßnahmen Wasserläufe

FrkV M i c h a l e k erkundigte sich, warum hier die Maßnahme Welschbach am „Globus Handelshof“ nicht mit aufgeführt sei. Herr K e t t e r e r erläuterte, dass es sich hier um eine Maßnahme eines Privatinvestors handle und dass das von der Fa. Globus bezahlt würde. Das darin enthaltene Brückenbauwerk über den Welschbach an der Kreuzung Industriestraße werde aus Haushaltsausgaberesten als Altmaßnahme abgewickelt. FrkV M i c h a l e k erkundigte sich weiter, wann dies geschehe. Herr K e t t e r e r teilte mit, dass dies in Abhängigkeit der Bautätigkeit der Fa. Globus gemacht würde.

Seite 572 - Investitionsnummer 13501002001 - Maßnahmen Ökokonto

FrkV M i c h a l e k bezog sich auf die dort angegebene Einzahlung in Höhe von 100.000 € für die Maßnahme Ökokonto und fragte an, von wem diese stamme und welche Maßnahmen dies betreffe. Er bat um Klärung bis zur Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 30.03.2009.

Seite 592 - Überwachungsvideo Optik-Parcours

FrkV M i c h a l e k erinnerte noch einmal an den bereits angesprochenen Sperrvermerk.

Seite 593

FrkV M i c h a l e k wies darauf hin, dass es hier richtig heißen müsse „Zentrum für Mathematik“ und bat um Berichtigung.

Nach Abschluss der Beratung des Haushaltsplanentwurfes bekräftigte Stv. G e r h a r d t noch einmal die Hinweise von FrkV Michalek, dass das neue System der Doppischen Haushaltsführung zwar intelligent sei, weil man erkennen könne, was wieviel kostet. Dennoch sei aber die Ausgestaltung der Seiten und der Teilhaushaltspläne noch unbefriedigend. Hier müsse im nächsten Jahr unbedingt noch nachgearbeitet werden, insbesondere im Hinblick auf bessere Übersichtlichkeit.

Antragsberatung

Antrag 106 - Gemeindestraßen einschl. Gehwege

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 10.0.0

Antrag 109 - Erstellung eines Standortentwicklungsplanes

FrkV M i c h a l e k wollte wissen, was mit der „Erstellung eines Standortentwicklungsplanes“ gemeint sei. StR B e c k nahm Bezug auf die Forderung, den Flächennutzungsplan zu überarbeiten und zu digitalisieren. Er liege aber bereits überarbeitet und digital vor. Er erinnerte an die Diskussion in gleicher Sache im letzten Jahr. Es solle noch einmal überprüft werden, ob den Fraktionen seinerzeit ein digitaler und aktueller F-Plan zugegangen ist. Wenn nicht, werde dies umgehend nachgeholt.

Des Weiteren wies er darauf hin, dass es zur Zeit Gespräche mit einem Planungsbüro zur Überarbeitung des Quartiers Bahnhofstraße gebe. Nicht nur, um die Situation des Einzelhandels zu eruieren, sondern auch um Wohn-, Verkehr- und sonstige Gesichtspunkte für eine Planung vorzubereiten. Die gesamte Palette der Möglichkeiten einer Innenstadt oder eines Innenstadt-Standortes solle untersucht und bewertet werden. Dazu werde es eine Vorlage an die städtischen Gremien geben, bei der auch die Frage der Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln beraten werden könne. Von daher schlug er vor, den Antrag abzulehnen.

Abstimmung: 3.6.1

Antrag 203 - Umbau Sportgelände Münchholzhausen

Stv. P o h l erkundigte sich nach dem Abstimmungsverhalten des Ortsbeirates. Der Ortsbeirat habe zugestimmt.

Abstimmung: 10.0.0

Antrag 204 - Konzept zur barrierefreien Stadtgestaltung

StR B e c k nahm Bezug auf die Drucksache Nr. 0932/08 - III/55 und die dort niedergeschriebenen Äußerungen. Er bestätigte, dass man von Seiten des Magistrats das gleiche Ziel habe, das jetzt mit dem Antrag der SPD verfolgt werde, man aber unterschiedliche Vorgehensweisen wähle. Die Stadt arbeite jetzt schon an einem System, wo Prioritäten gesetzt werden für die barrierefreie Gestaltung von Baumaßnahmen und die mit der Behindertenbeauftragten abgestimmt werden. Bei jeder Planung werde die Behindertenbeauftragte mit eingeschaltet. Die SPD wolle jetzt ein Planungsbüro dazwischen setzen. Dies mache aber in dem jetzigen Stadium keinen Sinn.

FrkV M i c h a l e k wies darauf hin, dass es u. U. gut wäre, auch mal einen Externen einzuschalten, damit man eine andere Sicht der Dinge bekomme. Beim Stadion beispielsweise hätte die Einbindung der Behindertenbeauftragten nicht ordentlich geklappt. StR B e c k erwiderte, dass man damals einen entsprechenden Vorschlag für das Stadion gemacht habe, der sei aber im Parlament abgeändert worden. Er frage sich, was ein externer Planer dort hätte anders machen sollen. Außerdem könne man ein Planungsbüro nicht immer ad hoc, wenn konkret ein Problem an-

stehe, einschalten. Der Vorlauf sei zu groß. Es gebe im Übrigen noch baurechtliche Vorschriften, die immer eingehalten und umgesetzt werden müssen. Insofern sei das jetzige System praktikabel.

Abstimmung: 4.6.0

Antrag 205 - Ausbau der Straße „Zum Scheid“

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 10.0.0

Antrag 206 - Ankauf von Grundstücksflächen

Der Betrag müsse auf 5.000 € abgeändert werden.

Abstimmung: 10.0.0

Antrag 207 - Beleuchtung Lahnuferweg

StR **B e c k** erinnerte noch einmal daran, dass man einen Entwicklungsplan für die Achse Forum bis Altstadt beauftragen wolle. Er bat darum, auf das Ergebnis dieser Untersuchung zu warten. Zur Zeit mache der Haushaltsantrag keinen Sinn, da sich die Radwegeverbindung auch noch ändern könne.

Stve. **D r o ß** verwies auf die in der letzten Zeit immer wieder gestellten Anträge zur Beleuchtung des Lahnuferweges und war der Meinung, dass sich an der Führung des Radweges doch nichts ändern würde. StR **B e c k** erwiderte, dass es jetzt Entwicklungen am und um das Bootshaus gebe, die unter Umständen auch eine Veränderung des Radweges beinhalten.

Herr **K e t t e r e r** ergänzte, es sei zwar richtig, dass die Trasse einigermaßen festgelegt sei, sich aber im Bereich der ehemaligen Liegenschaft JG Müller und im Bereich des Bootshauses noch eine Veränderung ergeben könnte. StR **B e c k** wies weiter darauf hin, dass viele Städte sich nach neuen Konzeptionen der Städteplaner immer mehr dem Fluss zuwenden. Das gebe es hier nicht. Die Stadt habe im Bereich des Lahnuferweges eine „Hinterhofsituation“, dies solle durch ein städtebauliches Konzept geändert werden. Dazu ist der Radweg Bestandteil dieses Gestaltungskonzeptes.

Abstimmung: 4.6.0

Antrag 207 a - Beleuchtung an der Naunheimer Mühle

StR **B e c k** erläuterte eingangs, dass die Stadt derzeit im Gespräch mit dem Eigentümer der Lahnmühle sei, um eine Kostenbeteiligung für die dort angeführte Beleuchtung zu bekommen. Allerdings nicht auf dem dort beschriebenen längeren Weg, sondern auf dem kurzen Weg zur Lahnmühle. Deshalb bat er darum, den Antrag zurückzustellen. Stve. **D r o ß** wies darauf hin, dass dies der Antragsteller selbst entscheiden solle und bat darum, über den Antrag hier abzustimmen und über eine Rücknahme im Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu entscheiden.

Abstimmung: 3.7.0

Antrag 208 - Bahnhofstraße Wetzlar

Abstimmung: 10.0.0

Antrag 209 - Kanalsanierung „Zum Scheid“, Blasbach

Abstimmung: 10.0.0

Antrag 210 - Planungskonzept Knotenpunkt L 3053 / Wetzlarer Straße

Stve. D r o ß fragte, ob es nicht schon einen entsprechenden Antrag gegeben habe.
StR B e c k erläuterte die Unterschiede zu den bisherigen Überlegungen.

Abstimmung: 6.0.4

Antrag 211 - Lärmschutz Garbenheim

StR B e c k schlug vor, diesen Antrag gemeinsam mit dem Antrag des Stv. Breid-
sprecher (Drucksache 1285/09 - I/460; s. Protokollierung zu TOP 5) abzustimmen.
Stve. D r o ß bat um getrennte Abstimmung.

Abstimmung: 3.6.0

Antrag 212 - Ausweisung von zusätzlichen Standplätzen für Wohnmobile auf der Lahninsel

Keine Wortmeldungen.
Abstimmung: 10.0.0

Antrag 213 - Einbau wassergebundene Decke am Parkplatz Sportplatz Hermannstein

Stv. P r o s s erläuterte die Gegebenheiten der Örtlichkeit. Es gehe um den nicht
ausgebauten Teil des Schulparkplatzes zwischen Schulgelände und Sportbereich.
StR B e c k erläuterte die bisherige Meinung des Magistrats und teilte mit, dass
er keine Veranlassung sehe, davon abzuweichen.

Abstimmung: 3.6.1

Antrag 214 - Behindertengerechter Ausbau von Bushaltestellen

StR B e c k erläuterte die bisherige Vorgehensweise bei dem Ausbau von Bushalte-
stellen und die Antragstellung für die Förderung beim Land. Herr K e t t e r e r teilte
mit, dass die hier angeführten VE-Mittel ausreichen, um einen entsprechenden Antrag
auf Förderung zu stellen.

Stve. D r o ß erkundigte sich, wie gut die Chancen sind, um in die Förderung hinein-
zukommen. Herr K e t t e r e r sagte, dass es hier keine Rangliste und keine Priori-

tätensetzung gebe. Die Projekte müssten mindestens ein Volumen von 100.000 € haben. Planungen könnten von Haushaltsausgaberesten aus 2008 abgewickelt werden. Stv. P o h l fragte, wann mit einer Antragstellung für eine Förderung zu rechnen sei. Herr K e t t e r e r sagte, noch in diesem Jahr.

Abstimmung: 3.6.0

Antrag 215 - Buswendeplatz Festplatz Garbenheim

Stv. M e i ß n e r nahm Bezug auf ihm bekannte Vorkommnisse, wie illegale Autorennen, und auch auf das Problem, dass dort illegal Lkw's abgestellt werden. Er fragte an, ob das Problem durch die Asphaltierung des Buswendeplatzes nicht größer werde. Stv. D r o ß teilte mit, dass dort Busse wenden und es deswegen erheblich staubt und von daher habe der Ortsbeirat schon mehrfach beantragt, den Platz zu asphaltieren.

Abstimmung: 10.0.0

Antrag 217 - Wegebau Grillplatz Hermannstein

Keine Wortmeldungen.
Abstimmung: 10.0.0

Antrag 218 - Schaffung eines Sandstrandes an der Lahn

Stv. P o h l verwies auf einen entsprechenden Prüfungsauftrag aus dem letzten Jahr und die dazu ergangene Stellungnahme. Er fragte an, wie sich der Magistrat jetzt zu diesem Thema stelle. StR B e c k schlug vor, über den Antrag entsprechend abzustimmen.

Abstimmung: 7.0.3

Änderungsliste

Antrag 200/4 - Einbau einer Karusselltür am Haupteingang des Neuen Rathauses - 40.000 €

StR B e c k erläuterte, bedingt durch die entsprechenden klimatischen und die Strömungsverhältnisse im Foyer sei die Maßnahme notwendig. AV Prof. Dr. S c h m i d t - B u r b a c h wollte wissen, ob der Denkmalschutz mit eingebunden worden sei. Herr W e b e r teilte mit, dass die Tür mit dem Denkmalschutz abgestimmt und auch behindertengerecht sei.

Stv. P o h l fragte an, ob es sich hierbei um ein System ähnlich dem des Krankenhauses handle. Herr W e b e r sagte, dass dem so sei. Es handle sich um ein System mit drei Kammern. Stv. P o h l erkundigte sich nach den Wartungskosten. Herr W e b e r teilte mit, dass diese geringer seien als bei der jetzt vorhandenen Schiebetür.

Antrag 200/6 - Neuer Kindergarten Spilburg - 70.000 €

Stv. P o h l erkundigte sich, ob sich ein in ähnlicher Form gestellter Antrag der FDP nicht dadurch erledigt habe. Stv. M e i ß n e r erklärte, dass dem nicht so sei, denn es gehe immer noch darum, die Wirtschaft bei der Einrichtung der Kindertagesstätte zu beteiligen und den dort geplanten Kinderspielplatz öffentlich zu machen.

Stv. P o h l wollte in dem Zusammenhang den Sachstand „Sporthalle des TV Wetzlar“ wissen. Herr W e b e r teilte mit, dass im Augenblick Gespräche mit dem TV laufen. StR B e c k ergänzte, dass das Objekt abgerissen werden müsse und auf dem Gelände evtl. ein Kindergarten gebaut werden könnte. Allerdings sei das abhängig von dem Ergebnis der Verhandlungen. Wenn eine Entscheidung anstehe, werde eine entsprechende Vorlage für die Stadtverordnetenversammlung gefertigt.

Stv. P o h l begrüßte grundsätzlich die Entwicklung, da in dem genannten Bereich Kindertagesplätze fehlten. Von daher sei der Antrag vom Prinzip her gut. Die Frage aber sei, ob dieser Kindergarten überhaupt gebaut werde und er fragte an, ob es evtl. Fördermittel gebe. StR B e c k bat darum, dies im Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu klären.

Antrag 200/7 - Erneuerung von Bädern

FrkV M i c h a l e k wollte zu den beiden Positionen wissen, ob es sich hierbei um das Hallenbad Europa handelt. Dies wurde bestätigt.

Antrag 200/9 - Grundhafte Sanierung des Kalsmuntturms

FrkV M i c h a l e k fragte, wann mit einer Vorlage zu rechnen sei. StR B e c k teilte mit, dass diese Vorlage bereits in Arbeit sei.

TOP 5

1285/09

Lärmschutzwand Garbenheim

Stv. M e i ß n e r wies darauf hin, dass es unter dem zweiten Spiegelstrich heißen müsse „Gemarkung Dutenhofen und **Garbenheim**“.

Abstimmung mit o. g. red. Änderung: 6.0.4

TOP 6

1120/08

59. Änderung des Flächennutzungsplanes

Sondergebiet für großflächigen Einzelhandel „Im Heidegarten“, Stadtteil Nauborn

Umzonung von „Gewerblicher Baufläche“ und „Fläche für Landwirtschaft“ in

„Sondergebiet für großflächigen Einzelhandel“

- Abschließender Beschluss -

- Gemeinsame Beratung mit TOP 7 (Protokollierung s. dort) -

Abstimmung: 9.0.0

TOP 7

1241/09

Bebauungsplan Nr. 15 „Im Heidegarten“, Stadtteil Nauborn

- Satzungsbeschluss -

- Gemeinsame Beratung mit TOP 6 -

- Stv. Gerhardt verließ gemäß § 25 HGO den Sitzungsraum -

FrkV M i c h a l e k wollte das Votum des Ortsbeirates wissen. Dieser habe beiden Vorlagen einstimmig zugestimmt.

Stv. P o h l erkundigte sich nach der geplanten Fußwegführung und wollte einen Zeitplan für die Umsetzung wissen bzw. wann mit der Fertigstellung des Gebäudes und des Fußweges zu rechnen sei. StR B e c k teilte mit, dass die Firma Hund zugesichert habe, während der Baumaßnahme und auch später über sein Grundstück eine fußläufige Erreichbarkeit des Einzelhandels sicherzustellen. Derzeit gebe es noch zwei Alternativen, die geprüft werden, u. a. die Erschließung über die Theutbergstraße. Allerdings werden alle fußläufigen Zuwegungen, wenn sie gebaut werden, durch den Investor gebaut und auch bezahlt.

Stv. K u n z erläuterte die Wegführung entlang der Theutbergstraße bzw. der Landesstraße, die möglich sei. Er verwies auf den Antrag des Ortsbeirates, einen weiteren Fußweg über die Landesstraße zu bauen. FrkV M i c h a l e k bat hinsichtlich der Darstellung der externen Ausgleichsflächen um Übersendung eines größeren Planes.

Abstimmung: 9.0.0

TOP 8

1232/09

Neubau der über Mühlgraben und Lahn führenden Fuß- und Radwegebrücke zwischen Wetzbachstraße und Bachweide

Stv. K u n z machte folgenden Vorschlag, wonach auch Variante 1 einbezogen werden sollte:

“Die über Mühlgraben und Lahn führende Fuß- und Radwegebrücke zwischen Wetzbachstraße und Bachweide **soll gemäß Varianten 1 und 3 weiter geplant und der Stadtverordnetenversammlung vorgestellt werden.**“

StR B e c k erläuterte, dass der Magistrat die Variante 3 vorgeschlagen habe. Allerdings habe man im gegenwärtigen Stadium eine sehr grobe Planung. Die Variante 3 sei ausgewählt worden, weil sie die günstigste sei. Das Kostendelta zwischen den Maßnahmen sei 190.000 € vor Förderung. Planerisch sei die Variante 1 die am

besten ausgestaltete. Herr K e t t e r e r erklärte die technischen Unterschiede der Varianten Pylonbrücke und Holztrogbücke. StR B e c k begrüßte den Vorschlag, beide Varianten weiter zu planen und daraus später eine Beschluss- bzw. Entscheidungsvorlage zu erstellen.

FrkV M i c h a l e k merkte zur Wirtschaftlichkeit an, dass eine Nutzungsdauer von 80 Jahren doch wohl etwas übertrieben sei. Er wollte wissen, ob das wirklich so gerechnet worden sei. Herr K e t t e r e r erläuterte, dass dies für den Variantenvergleich unerheblich sei. Die Nutzungsdauer sei so aus den Regeln der Doppik vorgegeben. FrkV M i c h a l e k meinte, es wäre trotzdem unreal, von einer 80-jährigen Nutzungsdauer auszugehen, wenn andere Bauwerke wesentlich kürzere Nutzungszeiten hätten. Er wollte wissen, ob alle Varianten befahrbar seien bzw. ob ein Servicefahrzeug dort hinauffahren könne. Außerdem bat er um Einschätzung, ob es sinnvoll sei, die Rampen und die Brücke so auszugestalten. Herr K e t t e r e r teilte mit, dass dies technisch nötig sei, um die Wartungsarbeiten durchzuführen. Derzeit sei aber eine Befahrbarkeit nur von der Wetzbachstraße gegeben. Allerdings können in der Detailplanung die Rampen noch verändert werden.

Stv. D r o ß wollte wissen, ob dort im Geländer Glas verarbeitet werde. Herr K e t t e r e r sagte, dass es derzeit noch keine Festlegung gebe. Bei der Trogbücke werde Holz verbaut, bei der Pylonbrücke müsse ein Geländer geschaffen werden. Wie dies ausgestaltet werde, sei derzeit noch offen.

Stv. P o h l erkundigte sich im Hinblick darauf, dass die Brücken behindertengerecht sein sollen, wie sich die Rampengestaltung im Detail darstellt und ob dadurch Parkplätze in der Wetzbachstraße wegfallen. Herr K e t t e r e r erläuterte die Rampenführung und bestätigte, dass die Parkplätze nach Möglichkeit erhalten bleiben sollen.

Abstimmung mit o. g. Änderung: 10.0.0

TOP 9

1115/08

Umgestaltung Friedrich-Ebert-Platz

Stv. P o h l als Antragsteller bat darum, zunächst einmal den ersten Spiegelstrich seines Antrages zu streichen, dann den Bearbeitungszeitraum bis 30.09.2009 auszuweiten und die Ziffer 2 ganz zu streichen, so dass der geänderte Antragstext wie folgt aussehe:

„Der Magistrat wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung bis zum 30.09.2009 eine Planung bezüglich der Umgestaltung des Friedrich-Ebert-Platzes zur Beschlussfassung vorzulegen, wobei die nachfolgenden Kriterien zu berücksichtigen sind:

- Verlängerung der Linksabbiegespur von Schützenstraße in Nauborner Straße
- Verlängerung der Linksabbiegespur von Bergstraße in Solmserstraße
- Ausgestaltung der Fläche als Platz (z. B. Grünanlage, Denkmal)
- Eingrünung des oberirdischen Gebäudes Staukanal.“

StR B e c k machte deutlich, dass er es etwas seltsam finde, dass in dem Antrag

auf bereits laufende Planungen der Verwaltung hingewiesen werde und machte deutlich, dass es in Kürze eine Vorlage dieser laufenden Planung gebe. Es sei „kein guter Stil“, wenn man Informationen, die man aus einem anderen Gremium erhalten habe, in einen Antrag umformuliere und man dann über diese Angelegenheit zweimal beraten müsse.

Stv. P o h l wies diese Äußerung zurück und erläuterte dies am zeitlichen Ablauf der Antragstellung bzw. der wohl gemeinten Bau-, Verkehrs- und Umweltkommissionssitzung. StR B e c k erwiderte die Argumentation und nahm noch einmal auf Äußerungen Bezug, die von den städtischen Mitarbeitern in der Bau-, Verkehrs- und Umweltkommission getätigt wurden. Seiner Meinung nach habe man die Grundidee dort übernommen.

Stv. P o h l machte noch einmal deutlich, dass bisher keine Planungen für den Friedrich-Ebert-Platz in einem städtischen Gremium vorgelegt worden seien. FrkV M i c h a l e k wies darauf hin, dass es hier durchaus um formelle Gründe gehe. Ein Mitglied einer Kommission dürfe keine Informationen aus einer nichtöffentlichen Sitzung weiter verwenden. Wenn dem so war, sei dies zu kritisieren.

Stv. G e r h a r d t lenkte ein und sagte, der Antragsteller könne ja hier im Gremium seinen Antrag begründen. Das habe er getan und jetzt müsste man über den Antrag abstimmen. Stv. M e i ß n e r erkundigte sich, bis wann mit einer Planung für den Friedrich-Ebert-Platz zu rechnen sei. Herr B a d e r teilte mit, bis zum Herbst 2009.

Abstimmung mit o. g. Änderung: 3.7.0

TOP 10

1176/08

Stromversorgung der städtischen Grillhütten Prüfungsauftrag

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 3.7.0

TOP 11

Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 03.02.2009

Mitteilungen

StR B e c k wies darauf hin, dass das in der letzten Sitzung angesprochene Schild „Altstadt“ mittlerweile am Forum angebracht sei. Das ebenfalls angesprochene Schild „Haus Emmaus“ werde in der 14. KW angebracht.

Anfragen

- Stve. D r o ß fragte nach dem Untersuchungsergebnis der Taubensteinbrücke.

StR B e c k wies darauf hin, dass hier das ASV zuständig sei und sagte zu, das Ergebnis dort zu erfragen.

- FrkV M i c h a l e k bat um Auskunft zum Gebäude Barfüßerstraße 5, ob inzwischen eine Regelung bezüglich der Grundschuldeintragung erfolgt sei. StR B e c k und Herr H a r t e r t erläuterten die Angelegenheit. Die eingetragene Grundschuld sei inzwischen gelöscht.
- Stv. D r o ß erklärte, dass es in der Hauser Gasse in Höhe des Alten Rathauses ein Schild gegeben habe, wonach es Radfahrern erlaubt war, gegen die Einbahnregelung zum Domplatz zu fahren. Dieses Schild sei mittlerweile entfernt worden. StR B e c k verwies auf die Zuständigkeit der Straßenverkehrsbehörde und sagte Prüfung zu.
- FrkV M i c h a l e k wollte wissen, ob bei der Ausschreibung für die Arbeiten des neuen Stadions die Ergebnisse günstiger waren als die eigentlich vorgesehene Summe. StR B e c k sagte, dass es zusätzliche Planungskosten gegeben habe und Materialkostensteigerungen von ca. 8 %. Allerdings sei man im Vergleich Ausschreibungsergebnis und Kostenschätzung immer noch günstiger als die 4 Mio. € Planungssumme. FrkV M i c h a l e k bat darum, die genauen Ergebnisse mitzuteilen. Dies wurde zugesagt.
- Zur kleinen Brücke zum Parkplatz Lahninsel aus Richtung Gaststätte „Kleine Bühne“ berichtete FrkV M i c h a l e k über einige glatte Stellen auf der Brücke, aufgrund derer schon viele Passanten gestürzt seien und bat um Abhilfe. StR B e c k sagte Überprüfung zu.
- FrkV M i c h a l e k bat weiter darum, das Thema „Erweiterung der Deponie Eulingsberg“ auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu nehmen. Dies wurde zugesagt.
- Stv. P o h l berichtete, dass in der Falkenstraße/Ecke Zwirleinstraße durch einen dort befindlichen Baumstamm Passanten gezwungen seien, den Gehweg zu verlassen, um in die Zwirleinstraße einzubiegen. Dies sei vor allem für Rollstuhlfahrer unmöglich. StR B e c k sagte Prüfung zu.

Niederschrift vom 23.03.2008

FrkV M i c h a l e k bat zu Seite 6 zum Thema „Bordsteinführung Sanierung Bannstraße“ um einige technische Details. Dies wurde zugesagt.

Im Übrigen wurde die Niederschrift einstimmig (10.0.0) genehmigt.

TOP 12

1250/09

Grundstücksankauf

enwag Energie- und Wassergesellschaft mbH, Wetzlar

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 10.0.0

TOP 13
Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

AV Prof. Dr. S c h m i d t - B u r b a c h schloss den öffentlichen und eröffnete den **nichtöffentlichen Teil** der Beratungen.